

**Zeitschrift:** Der klare Blick  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 8 (1967)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Sind Wirtschaftskontakte mit dem Westen politisch oder unpolitisch? :  
Handel mit Handel  
**Autor:** Schmidt, E.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1077057>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Sind Wirtschaftskontakte mit dem Westen politisch oder unpolitisch?

Unter dem Namen «Budapester Rundschau» veröffentlicht seit einiger Zeit die ungarische Regierung eine deutschsprachige Wochenzeitung, die vor allem für den Westen bestimmt und infolgedessen auch dementsprechend redigiert ist. Sie soll dem Leser das Bild eines friedlichen, für die Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern bereiten Ungarn vermitteln und die Tatsachen, die das Gegenteil beweisen, womöglich vernebeln. Die Probenummer wurde in Oesterreich, in der Bundesrepublik und in der Schweiz an zahlreiche Adressen zugestellt.

Der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns und seiner Bereitschaft, mit den westlichen Industriestaaten zusammenzuarbeiten, widmet die neue Zeitung grosse Aufmerksamkeit. «Die ungarische Volkswirtschaft», heisst es im Bericht über das Abkommen mit den Renault-Werken, «beteiligt sich aktiv an der internationalen Arbeitsteilung, am Ausbau der wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zwischen Ost und West und entwickelt einen bedeutenden Umsatz im Aussenhandel. Ungarische Ware gelangt schon in mehr als hundert Länder der fünf Weltteile.»

Diese aufgeschlossene und die weltweite Zusammenarbeit befürwortende Einstellung ist erfreulich und begrüssenswert. Zahlreiche ungarische Oekonomen und Fachleute sind der gleichen Meinung und veröffentlichten in den einschlägigen Fachzeitschriften ausgezeichnete Abhandlungen über dieses Thema. Leider liegen aber die Geschehnisse des Landes nicht in ihren Händen, sondern in den Händen der kommunistischen Partei, der sogenannten Partei der ungarischen Werktätigen, die in ihren ungarischsprachigen und folglich nicht für die westeuropäischen Leser bestimmten Veröffentlichungen die Zusammenarbeit mit dem Westen wesentlich pessimistischer

# Handel mit Handel

beurteilt als die in der Schweiz verbreitete «Budapester Rundschau».

Der Grund dieses Widerspruches liegt in der andersartigen Funktion der Wirtschaft und des Aussenhandels im marxistisch-leninistischen System. Die Partei befürwortet das Primat der Politik, gegenüber der die wirtschaftlichen Interessen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Auffassung fand auch in der Februar-Nummer (1966) der führenden ideologischen Zeitschrift «Tarsadalmi Szemle» eine entsprechende Formulierung:

«Die Frage der Wirtschaftspolitik», schrieb die genannte Zeitschrift, «sei letzten Endes eine Frage nach der Macht, konkret der politischen Macht der Arbeiterklasse. Aus diesem Grunde müssten die von der Wirtschaftspolitik verfolgten Ziele und die von ihr eingesetzten Mittel und Methoden stets vom Standpunkt der Machtergreifung, der Machtbehauptung und der Machtweiterung dieser Klasse aus beurteilt werden. Der wirtschaftliche Aufbau dürfe folglich nur mittels solcher Massnahmen erfolgen, die nicht nur die Behauptung, sondern auch die Erweiterung der bereits vorhandenen Machtpositionen der Arbeiterklasse garantieren.»

Noch krasser kam diese Auffassung in Zusammenhang mit dem Aussenhandel zum Ausdruck. Obwohl die im Westen verbreiteten osteuropäischen Publikationen ständig für die «Entpolitisierung» des Aussenhandels eintreten und jene, die auf seinen politischen Charakter im Osten hinweisen als «Verfechter des Kalten Krieges» brandmarken, führen die für den inneren Gebrauch bestimmten Zeitschriften eine andere Sprache. So schreibt auch «Tarsadalmi Szemle» (Oktober 1966) über die Möglichkeiten des Ost-West-Handels in einem ganz andern Sinne als die

dem Schweizer Leser vorgelegte «Budapester Rundschau».

«Der Warenaustausch zwischen den sozialistischen Staaten», heisst es dort, «ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine eminent politische Frage. Der Anteil der hochentwickelten kapitalistischen Länder am Aussenhandel der sozialistischen Staaten beträgt, je nach Land, zwischen 20 und 35 Prozent. Dieser Handel mit den hochentwickelten kapitalistischen Staaten ist vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus nützlich. Jedoch sind diesem Handel sowohl politische als auch wirtschaftliche Grenzen gesetzt. Nicht nur die politische Vernunft verlangt, dass sich die sozialistischen Länder bei ihren internationalen Wirtschaftsbeziehungen hauptsächlich auf einander stützen, sondern es wäre, abgesehen von dem mit diesem Warenaustausch zusammenhängenden Problem der Qualität, des Sortiments und des technischen Niveaus der Erzeugnisse, auch unrealistisch anzunehmen, die sozialistischen Staaten könnten den Verkauf oder Ankauf von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigerzeugnissen in den kapitalistischen Ländern unbeschränkt erweitern, ohne damit gleichzeitig auch gewisse politische Konsequenzen und Bedingungen in Kauf zu nehmen.»

Nur mit Freude konnte man aus der «Budapester Rundschau» erfahren, dass Ungarn mit mehr als 100 Staaten in Handelsbeziehungen steht. Leider ist die Hälfte dieser Länder unbekannt, weil Ungarn im Gegensatz zu Polen, Jugoslawien und sogar der Sowjetunion keine separaten Aussenhandelsstatistiken veröffentlicht. Das mit grosser Verspätung erscheinende Statistische Jahrbuch verfügt über einen sehr beschränkten Aussenhandelsteil, in dem nur etwa 52 Aussenhandelspartner angeführt sind. E. Schmidt

## National oder sozialistisch?

(Fortsetzung von Seite 1)

aufhörten und in den hilfeleistenden Bruderstaat mit Gewalt einverleibt wurden.

3. Als Schulbeispiel für die dritte Möglichkeit zum Uebergang wird die Mongolei angeführt. In diesem Lande übernahm, nach dem Sieg der «national-demokratischen Revolution», die volksrevolutionäre Partei die Führung, welche sich die marxistisch-leninistische Ideologie aneignete und die sozialistische Revolution stufenweise verwirklichte. Aber auch in diesem Falle wird in keiner Abhandlung auf die «russische Hilfe» Bezug genommen.

4. Eine weitere Variante, die immer mehr Anhänger findet, ist die Ueberführung der national-demokratischen in eine sozialistische Revolution über stufenweise Aenderungen durch eine Gruppe von «revolutionären Demokraten» (Prototypen

sind Castro und Nasser). Der Verfasser betont, dass diese Variante an Popularität immer mehr gewinnt. Die dem Volk ergebenden revolutionären Demokraten eignen sich die grundlegenden Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus an, wobei als «Lehrer der revolutionären Demokraten» der Weltsozialismus auftritt. Unter der Leitung der revolutionären Demokraten bilden also die nationaldemokratische und sozialistische Revolution eine einheitliche revolutionäre Entwicklung zum Sozialismus.

In diesen Ländern oder Gebieten wird die Diktatur der Arbeiterklasse durch die des werktätigen Volkes ersetzt («Revolutionäre Diktatur der revolutionären Demokraten im Namen der revolutionären Werktätigen»), wobei die Ausübung der Diktatur Recht und Pflicht der revolutionären Demokraten ist. Die «Diktatur der revolutionären Werktätigen» verwirklicht die gleichen Aufgaben wie die des Proletariates. Auf die Diktatur kann nämlich nirgends verzichtet werden, denn sie ist eine objektive Gesetzmässigkeit. Sonst kann die vollständige Zerstörung der früheren

Ordnung und der früher herrschenden Klassen nicht garantiert werden.

Die neueste sowjetische Literatur entwickelt also lauter neue Begriffe, die noch vor einigen Jahren zum Teil vollständig unbekannt waren. So: «nationaldemokratische Revolution», «revolutionärer Demokrat», «Diktatur des revolutionären Volkes» usw. Dies ist ein Zeichen dafür, dass das Studium der weltpolitischen Entwicklung einen systematischen Charakter annahm, mit der Aufgabe, der sowjetischen Aussenpolitik einen «wissenschaftlichen» und planmässigen Charakter zu verleihen.

Es gibt Ansichten, wonach diese Probleme im Rahmen eines neuen Wissenschaftszweiges, der «politischen Wissenschaft», erörtert werden sollen, zu welchem Zweck in letzter Zeit auch einige Schritte schon unternommen wurden.

Es bleibt schliesslich die Frage, ob und wie der Westen auf die Hintergründe dieser Politik und auf die Bedeutung der neuen, entsprechenden Argumentation in den betreffenden Ländern hinweisen kann. Laszlo Revesz